

ASSE EINBLICKE

NR. 17 — MAI 2012 — INFORMATIONEN ÜBER EIN ENDLAGER



„MIR UND AUCH MEINEN AMTSVORGÄNGERN IST DIE UNWAHRHEIT GESAGT WORDEN“

Der frühere Parlamentarische Staatssekretär und Bundesforschungsminister **Volker Hauff** und der Historiker **Detlev Möller** über die sorglosen Zeiten der Einlagerung, die Erkenntnisse aus der geschichtlichen Aufarbeitung und die Verantwortung von Wissenschaft und Politik

ASSE EINBLICKE: Als 1973 die öffentliche Diskussion über das 4. Atomprogramm der Bundesrepublik stattfand, waren Sie nach vielen Stunden einer der letzten anwesenden Verantwortlichen. Nun sind Sie einer der wenigen Politiker, die nicht nachlassen, Näheres über die damaligen Umstände in der Asse und mögliche eigene Fehler zu erfahren. Warum sind Sie so hartnäckig?

VOLKER HAUFF: Es gibt in meinem politischen Leben kein Thema, das mich über Jahrzehnte so beschäftigt hat wie die Atomtechnologie. Es lohnt sich, darüber nachzudenken, warum ein ganzes Land damals fast einstimmig auf die Atomtechnologie setzte und sie als Fortschritt betrachtete, und sich 50 Jahre später alle einig sind, dass wir herausmüssen aus dieser Technologie und auch das ein Fortschritt ist. Da beginnt man schon nachzudenken, was passiert ist und was Fortschritt ist.

Herr Möller beschäftigt sich damit, die Entwicklung im Bereich der Endlagerung nachzuzeichnen, Spuren zu finden und Wegmarken, an denen sich Bewertungen geändert haben. Wie wichtig ist diese Art politischer Geschichtsforschung für Sie?

HAUFF: Herr Möller hat mir sehr geholfen, die Frage zu beantworten, wie wir alle falschen Versprechungen von Experten erliegen konnten. Die Asse steht ja Pars pro Toto, stellvertretend für den sorglosen Geist der damaligen Zeit. Sie war ein Vorzeigeobjekt, das von der internationalen Atombehörde besucht wurde, von Gästen aus dem Ausland. Und heute erfahre ich von Herrn Möller, dass es bereits im Jahr 1964 Schriftstücke gab, in denen ein Wassereinbruch in der Asse nicht ausgeschlossen wird. Später wurde dieser sogar als sicher angesehen. Mir wurde zu Beginn der 70er-Jahre von den Zuständigen immer wieder versichert, dass das Eindringen von Wasser mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann. Es ist Zeit für ein breites Forschungsprojekt, um das Ineinander von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zu untersuchen. Diese bisher wenig erforschten Allianzen, bei denen es viel vorausseilenden Gehorsam gab, indem man das sagte, was gehört werden wollte.

DETLEV MÖLLER: Herr Hauff bezieht sich auf ein Gutachten des niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung aus dem Jahr 1964. Damals

wurde schon deutlich, vor welchen Herausforderungen die Wissenschaft in Zusammenhang mit der Endlagerfrage stand. Es war ja eine völlig neue Aufgabe, die Standfestigkeit von Salzbergwerken zu untersuchen. Da konnte keine Prognose über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren gemacht werden.

Herr Hauff, Sie lesen diese Dokumente Jahrzehnte später – hätten Sie darüber nicht unterrichtet sein müssen?

HAUFF: Mir und auch meinen Amtsvorgängern ist die Unwahrheit gesagt worden. Diejenigen, die uns beraten haben, wussten mehr. Aber



„ES IST ZEIT, DASS SICH NACH DER POLITIK DIE TECHNIKER UND NATURWISSENSCHAFTLER FRAGEN, WO SIE FEHLER GEMACHT HABEN.“

DETLEV MÖLLER

ich will das nicht als Schuldfrage diskutieren, sondern der Frage nachgehen, was wir daraus lernen müssen.

Hat Sie die Technikbegeisterung angesteckt?

HAUFF: Es gab damals so etwas wie einen Wettstreit zwischen den demokratischen Parteien, die Bedingungen so zu setzen, dass man diese Technik bald nutzen kann. Nur für diesen Zweck wurde ein eigenständiges Ministerium gegründet. Es hieß: Mit der Kernenergie können wir aus einer Wüste blühende Landschaften machen. Und in den Forschungseinrichtungen bezeichnete man die Argumente der Atomkraftgegner als verrücktes Zeug. Da sagten Forscher: Wenn

es wirklich gefährlich wäre, müssten wir es doch wissen, wir wären ja auch die ersten Betroffenen. Der ganze Strahlenschutz sei doch völlig übertrieben. Das klang damals überzeugend. Die Erkenntnis, dass die Sorglosigkeit allzu groß ist, wuchs erst langsam.

Herr Möller, waren die Energieversorgungsunternehmen da besonnener? Die musste man ja erst von der Atomkraft überzeugen. Und letztlich haben sie erst AKW gebaut, als die Politik gesagt hat, wir sorgen für die Endlagerung.

MÖLLER: Gar nicht so sehr besonnener, aber stärker wirtschaftlich orientiert. Die EVU haben berechnet, wann die Atomenergie konkurrenzfähig wird und dabei waren die Kosten für die Endlagerung ein wichtiger Posten. Man hat gesehen, dass schon die Zwischenlagerungskosten im internationalen Vergleich enorm hoch waren, und sich gedacht, dass die Endlagerungskosten wahrscheinlich noch viel höher sein werden. Die Endlagerung drohte als Kostenfaktor wohl zu groß zu werden, weswegen die Ministerialverwaltung und die Politik unter dem Druck standen, klarzumachen, dass die Endlagerung kein außergewöhnlich hoher Kostenfaktor sein würde. Es gab ja schon 1967/68 – als die Asse als Endlager festgelegt wurde – einen propagierten Durchbruch der Atomkraft, aber erst 1971 den eigentlichen kommerziellen Durchbruch, der sich dann auch an einer sogenannten Bestelllawine zeigte. Da haben die EVU gesagt, jetzt lohnt es sich tatsächlich – unter bestimmten Bedingungen.

Das Ergebnis Ihrer Doktorarbeit ist doch, dass die billige Entsorgung in der Asse auch eine Art Angebot an die Industrie war, eine Ermutigung.

MÖLLER: Bei der Etablierung der Atomenergie ging es darum, ein glaubhaftes System hinzustellen. Die zuständigen Stellen wollten zeigen: Kernkraft ist möglich. Man kann Kraftwerke bauen und wir tun alles dafür, die hierzu notwendigen Prozesse zu verfeinern. Die Ministerien haben deutlich gemacht: Wir schaffen Lösungen und wir achten auf die Wirtschaftlichkeit.

HAUFF: Als ich 1972 als Staatssekretär im Forschungsministerium bei Horst Ehmke anfang, haben wir diskutiert, was man ändern muss. Und eine der wichtigsten Änderungen war, die

Zuständigkeiten für die Förderung der Atomenergie und die Genehmigung von AKW institutionell zu trennen. Bis dahin lag die Zuständigkeit für beides in einem Ministerium. Da gab es natürlich viel Widerspruch. Ich will aber nicht den Eindruck vermitteln, dass wir alles richtig gemacht haben. Wir haben uns an die Probleme herangetastet. Die Gemengelage war ja eher so, dass man auf diese Technologie setzte, und zwar mit großen Hoffnungen. Das war ein Trend, und der war weltweit. Es gab unter dem Motto „Atoms for Peace“ das Bemühen der amerikanischen Regierung, ein friedliches Gegengewicht zu Hiroshima und Nagasaki zu liefern. Die friedliche Nutzung der Kernenergie als Aufbauhilfe. Das wurde auch so verstanden.

Hat das auf die Parteien abgefärbt? Gab es also eine Art Wettlauf, wer der atomfreundlichste Politiker ist?

HAUFF: Es gab zu dieser Zeit faktisch keine Partei, die in nennenswertem Umfang kritische Positionen entwickelt hätte. Die SPD hatte den Plan Atom. Man hörte Reden, von denen man heute denkt: So euphorisch hätte es nicht sein müssen.

War das auch Ihre eigene Haltung?

HAUFF: Ich hatte am Anfang eine positive Einstellung zur Kernenergie. Ich sah darin eine Möglichkeit, das Energieproblem einer globalen Lösung näherzubringen. Die ersten entscheidenden Zweifel kamen bei der Diskussion über die Frage, ob es möglich ist, die deutsche Technologie auch militärisch zu missbrauchen. Ich bin als junger Mensch durch meine Mitarbeit in der Organisation „Kampf dem Atomtod“ politisiert worden, also im Engagement gegen die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik. Ich war der Meinung, dass man das voneinander trennen kann: die friedliche und die militärische Nutzung. Als ich dann feststellte, dass das gar nicht möglich ist, gab das den ersten Einschnitt. Und dann kamen die Katastrophen: Ein Störfall in Schweden, später Harrisburg und Tschernobyl – da sind die Zweifel immer größer geworden.

Eine andere Katastrophe wurde Ende der Siebzigerjahre in Ihrem Zuständigkeitsbereich in der Asse angerichtet ...

HAUFF: Also ich lege schon Wert darauf, dass die Zuständigkeit für die Genehmigungen in der Asse ab 1973 nicht beim Forschungsministerium lag, sondern beim Innenministerium. Auf meinem Tisch hat es kein Dokument gegeben, bei dem man hätte sagen müssen: Halt, lass uns noch mal nachdenken. So etwas gab es bei der Wiederaufarbeitung, beim schnellen Brüter. Aber was die Asse angeht, habe ich kein Schriftstück gesehen, bei dem es Handlungsbedarf gegeben hätte.

Sie haben ja die Asse in Ihrer Amtszeit öfter besucht.

Welche Erinnerungen haben Sie daran?

HAUFF: Die Erinnerung, dass es auch bei diesen Besuchen keinen Hinweis auf einen Wassereinbruch gab. Das wurde schlicht verschwiegen. Stattdessen hieß es, dass es das nicht gibt oder wenn, dass es vernachlässigbar wäre. Ich habe riesige, trockene Kavernen gesehen, in denen die Fässer ordentlich gestapelt waren.

MÖLLER: Es gibt zu einem dieser Besuche von Herrn Hauff, bei dem er 1974 die Arbeitsgruppe „Reaktorsicherheit und Strahlenschutz“ des Deutschen Bundestages begleitet hat, ein Protokoll. Da wurde – weil alles so gut lief – bezeichnenderweise darüber diskutiert, ob die Asse Versuchsendlager bleiben soll.

FORTSETZUNG AUF SEITE 4 >>>

INFO-VERANSTALTUNG ZUM ASSE-ZWISCHENLAGER

Die Asse-2-Begleitgruppe unter der Leitung von Landrat Röhmann lädt die Öffentlichkeit am 26. Juni um 18 Uhr zu einer Informationsveranstaltung in die Wolfenbütteler Lindenhalle ein. Thema ist das Asse-Zwischenlager. Damit die Abfälle aus der Asse zurückgeholt werden können, müssen ein Pufferlager, eine Konditionierungsanlage und ein Abfalllager bereitstehen (s. Seite 2 u. 3).

STAND DER ARBEITEN ZUM ANBOHREN DER KAMMER 7

Derzeit laufen die letzten Arbeiten, um die Genehmigungsaufgaben zum Anbohren der Kammer 7 in 750 Meter Tiefe umzusetzen. Mit dem Anbohren von Einlagerungskammern sollen genauere Kenntnisse über den Zustand der Kammern und der Abfälle erlangt werden (siehe auch Asse Einblicke Nr. 15).

17. WIE DAS ZWISCHENLAGER AUSSEHEN KÖNNTE

Nach einem Vergleich unterschiedlicher Wege zur sicheren Schließung des Bergwerks haben im Januar 2010 das Bundesumweltministerium und das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) entschieden, die Rückholung der Abfälle zu verfolgen. Bei der Rückholung werden die geborgenen radioaktiven Abfälle in spezielle Behälter verpackt und über den Schacht nach über Tage in ein Pufferlager gebracht. Von dort gelangen die Abfälle in eine Konditionierungsanlage, wo sie für die spätere Endlagerung behandelt und neu verpackt werden. Anschließend werden die konditionierten Abfälle zwischenlagert, bis sie in ein aufnahmebereites

Endlager transportiert werden. Es werden also ein Pufferlager, eine Konditionierungsanlage und ein Abfalllager benötigt. Da damit zu rechnen ist, dass ein Großteil der Fässer zerstört und das umgebende Salz kontaminiert ist, fällt bei der Rückholung eine größere Menge radioaktiven Abfalls an, als ursprünglich eingelagert wurde. Bisher liegen hierzu nur Schätzungen vor, belastbare Mengenangaben lassen sich erst im Laufe der weiteren Untersuchungen machen.

Wie beim Vergleich der Stilllegungsoptionen soll auch der Standort für das Asse-Zwischenlager in einem nachvollziehbaren und objektiven Verfahren

ausgewählt werden. Zuerst werden Kriterien und Bewertungsgrößen festgelegt, mit deren Hilfe die möglichen Standorte gegeneinander abgewogen werden. Grundsätzlich vorteilhaft ist ein Standort, der direkt an das Betriebsgelände der Schachtanlage angrenzt, da hierdurch zusätzliche Abfalltransporte über öffentliche Wege vermieden werden können.

Die Infografik zeigt, wie der Abfall nach der Rückholung konditioniert und in welchen Behältern er transportiert werden kann. Die Darstellung beruht auf einer ersten standortunabhängigen Konzeptstudie. (siehe www.asse-gmbh.de)

VORHER

BERGUNG/UMVERPACKUNG

Die schwachradioaktiven Abfälle (LAW) und die Abfälle in den sogenannten Verlorenen Betonabschirmungen werden unter Tage in spezielle Umverpackungen, sogenannte „Overpacks“, gefüllt. In diesen dichten, außen kontaminationsfreien Behältern gelangen die Abfälle über den Schacht an die Tagesoberfläche. Die Größe der Overpacks (siehe rechte Seite) richtet sich dabei nach der Größe der geborgenen Abfallbehälter. Die 200-Liter-Fässer mit den mittelradioaktiven Abfällen (MAW) aus 511 Metern Tiefe werden vor dem Transport nach oben in spezielle Gussbehälter gepackt.

DIE EINZELNEN ARBEITSSCHRITTE

PUFFERLAGERUNG



Die mit den Abfällen gefüllten Overpacks werden über Tage vom Schacht aus in ein Pufferlager gebracht. Damit auch größere Abfallmengen zügig geborgen werden können, ist ein ausreichend großes Pufferlager notwendig. Die Overpacks gewährleisten keine Störfallsicherheit für den Transport auf öffentlichen Wegen. Sie können daher nur auf dem Betriebsgelände eingesetzt werden. Zusätzliche Transportverpackungen (wie hier dargestellt) sind nur erforderlich, wenn das Asse-Zwischenlager nicht an der Schachtanlage errichtet werden kann.

RADIOLOGISCHE MESSUNG



Die in den Overpacks befindlichen Abfälle müssen radiologisch untersucht werden. Hierzu werden die Overpacks in spezielle Messanlagen gestellt und der Inhalt mithilfe zerstörungsfreier Prüfungen bestimmt (charakterisiert). Sofern möglich sollen die Overpacks nicht wieder geöffnet und damit die Strahlenbelastungen minimiert werden. Die radiologische Charakterisierung ist wichtig für die spätere Endlagerung der Abfälle.

KONDITIONIERUNG UND VERPACKUNG



Bevor die Overpacks in die Endlagercontainer gestellt und mit Beton vergossen werden, muss sichergestellt sein, dass die Endlagerbedingungen eingehalten werden. Die Inhalte müssen hinreichend bekannt sein. Befinden sich noch Flüssigkeiten in den Overpacks, müssen diese verfestigt werden. Bei der Verpackung werden die Overpacks in größere Container gestellt und anschließend die vorhandenen Hohlräume zwischen den Behältern mit Beton gefüllt. So erhält man störfallfeste Verpackungen, die für die Lagerung und den Transport in ein Endlager zugelassen sind.

ABFALLLAGERUNG



Nach der Konditionierung werden die Container gelagert, bis sie in ein aufnahmebereites Endlager transportiert werden können. Abfälle, die Kernbrennstoff enthalten, müssen in einem besonders gesicherten Bereich des Asse-Zwischenlagers verwahrt werden. Dieser erfüllt die Anforderungen an die Lagerung von Kernbrennstoffen. Bei den kernbrennstoffhaltigen Abfällen handelt es sich nach bisherigen Erkenntnissen nicht um hochradioaktive Abfälle.

ANSCHLIESSEND

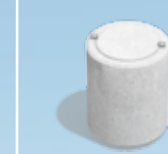
TRANSPORT ZUM ENDLAGER

Ist das Endlager annahmefähig, kann mit der Räumung des Asse-Zwischenlagers begonnen werden. Je nach Infrastruktur-anbindung wäre ein Transport der Container per Eisenbahn oder Lkw möglich.

WIE DER MÜLL VERPACKT WIRD

Die folgende Darstellung vereinfacht den Zustand der Fässer. Bei den Fässern, die nicht mehr intakt geborgen werden können, werden die zerdrückten Abfälle mit Salzgrus in neue Behälter gepackt.

FASS MIT BETON-ABSCHIRMUNG



OVERPACK MIT FASS MIT BETONABSCHIRMUNG



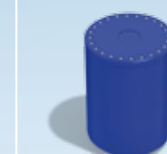
CONTAINER TYP II MIT EINEM OVERPACK



FASS MIT MITTEL-RADIOAKTIVEM ABFALL



GUSSBEHÄLTNER FÜR MITTEL-RADIOAKTIVEN ABFALL



GUSSBEHÄLTNER FÜR MITTEL-RADIOAKTIVEN ABFALL



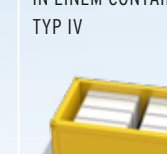
400-LITER-FASS



OVERPACK MIT 400-LITER-FASS



ZWEI OVERPACKS IN EINEM CONTAINER TYP IV



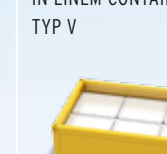
200-LITER-FASS



OVERPACK MIT 200-LITER-FASS



SECHS OVERPACKS IN EINEM CONTAINER TYP V



BERGEZUSTAND



VERPACKUNG UNTER TAGE



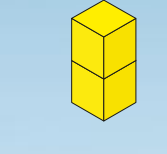
VERPACKUNG IM ZWISCHENLAGER



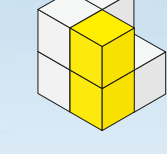
ABFALLMENGE

Anwachsen am Beispiel eines 200-Liter-Fasses*

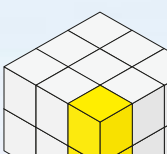
0,2 m³ PRO FASS



0,7 m³ PRO FASS



1,8 m³ PRO FASS



Wie groß das Volumen ist, das erneut endgelagert werden muss, wird maßgeblich durch das Verpackungskonzept beeinflusst. Die Größe und Anzahl der Overpacks richtet sich nach der Größe der zu bergenden Fässer oder Fassteile sowie nach der Menge des kontaminierten Salzes.

Die Overpacks werden außerhalb des Bergwerks in die Endlagercontainer verpackt. Die stärker strahlenden MAW-Abfälle aus 511 Metern Tiefe können nicht in Overpacks, sondern müssen in Gussbehälter verpackt werden. Die störfallfesten Gussbehälter können ohne eine weitere Verpackung in das Endlager gebracht werden.

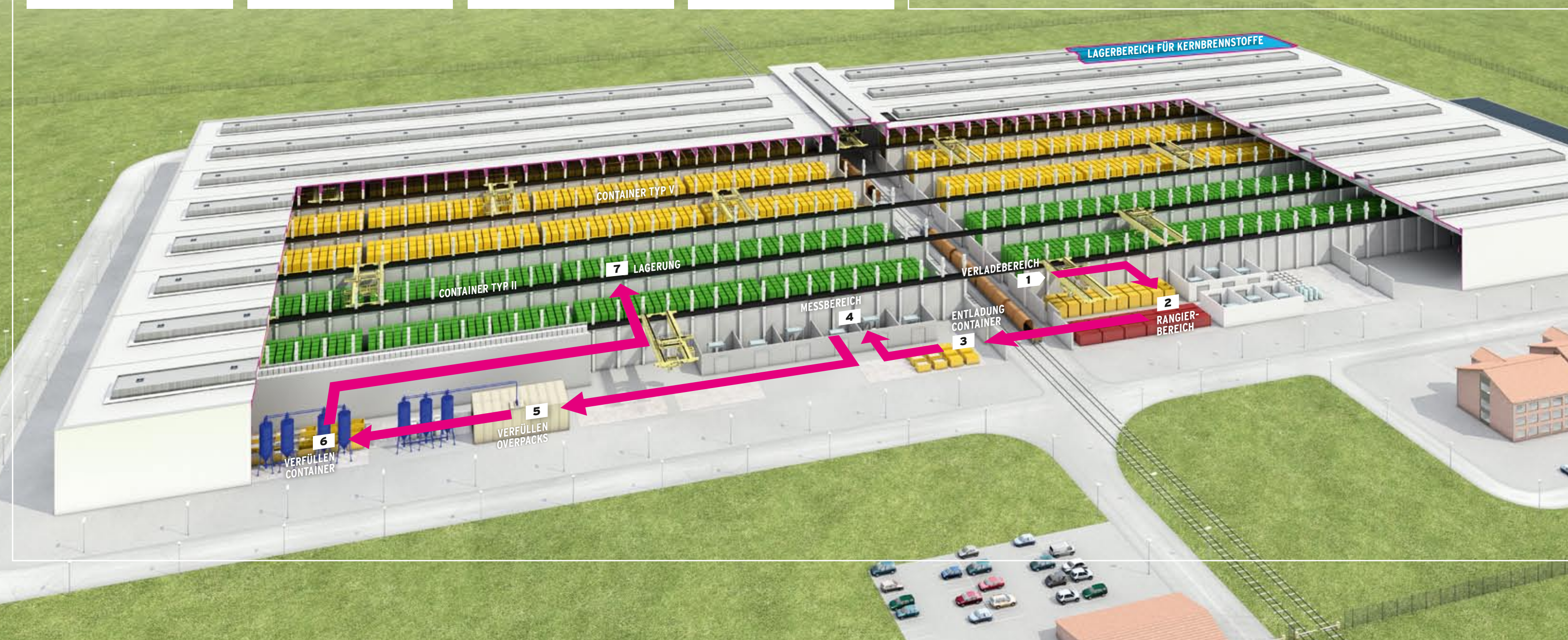


STANDORT

Die Errichtung der Konditionierungsanlage und des Asse-Zwischenlagers auf einem an die Schachtanlage angrenzenden Betriebsgelände hat den Vorteil, dass kein unnötiger und mit Risiken verbundener Transport auf öffentlichen Straßen oder Schienen erforderlich wäre. Dies folgt auch dem Minimierungsgebot der Strahlenschutzverordnung. Danach sind unnötige Strahlenbelastungen, z. B. durch Transporte zu vermeiden und notwendige Strahlenbelastungen so gering wie möglich zu halten. Wäre eine schachtnahe Errichtung der Konditionierungsanlage und des Abfalllagers nicht möglich, müssten die Abfälle dennoch vor Ort verpackt werden. Nur so wäre ein Transport auf öffentlichen Wegen möglich. Dafür wären am Standort Asse auf jeden Fall ein Pufferlager sowie die erforderlichen Anlagen zu errichten, um die Abfälle für den Transport zu verpacken.

AUSWAHLVERFAHREN

Die Entscheidung über den Standort des Asse-Zwischenlagers erfolgt im Rahmen eines kriterienbasierten Auswahlverfahrens. Im Februar 2012 hat das BfS hierzu einen Vorschlag veröffentlicht.** Er ist die Grundlage für die Diskussion mit der Begleitgruppe Asse II und der Öffentlichkeit. Ziel des BfS ist es, die Kriterien vor dem Beginn des Auswahlverfahrens für den Standort des Asse-Zwischenlagers verbindlich festzuschreiben. Bei der Suche nach einem geeigneten Standort spielen der Platzbedarf, die technische Machbarkeit und der Strahlenschutz eine wichtige Rolle. Zudem müssen Genehmigungs- und Sicherheitsaspekte berücksichtigt werden. Ebenso fließen der Verbrauch von Ressourcen und Eingriffe in das Landschaftsbild in die Bewertung ein.





„ICH HABE RIESIGE, TROCKENE KAVERNEN GESEHEN, IN DENEN DIE FÄSSER ORDENTLICH GESTAPELT WAREN.“ VOLKER HAUFF



EINE EINLAGERUNGSKAMMER, IN DER DIE ABFALLFÄSSER MIT EINER SOGENANTEN VERLORENEN BETONABSCHIRMUNG GESTAPELT WURDEN

Aber auch wenn es da wieder Versuchsendlager hieß, musste doch klar gewesen sein, dass es angesichts der Massen an Fässern nicht mehr um Versuche ging, sondern um Endlagerung.

HAUFF: Wenn Sie damit anfangen zu sagen: Ich bin schlauer als die Wissenschaftler und Gutachter, dann müssen Sie Ihren Stuhl räumen. Sie können sich nicht als Minister an die Stelle von Gutachtern setzen. Sie müssen Ihren Leuten vertrauen oder sie durch andere ersetzen.

Was hätten Sie getan, wenn Sie manche dieser Dokumente schon damals gesehen hätten?

HAUFF: Ich hätte gesagt: Das will ich mir näher anschauen. Ich habe nie behauptet, Dinge besser zu wissen, aber ich wollte es gelegentlich genau haben. Ich habe dann Gespräche organisiert zwischen denjenigen, die skeptisch waren und den anderen. Ich selbst habe nur den Argumenten zugehört – oft stundenlang – und dabei versucht, ein Gefühl dafür zu entwickeln, welche Argumente belastbar sind.

Herr Möller, gibt es eigentlich in der Wissenschaft die Bereitschaft, die eigene Rolle damals kritisch aufzuarbeiten?

MÖLLER: Es wäre ganz wichtig, wenn die Beteiligten von damals Stellung nehmen würden. Aber die technisch-wissenschaftliche Aufarbeitung steht aus. Es wurde inzwischen eine erste Breche in den politisch-administrativen Bereich geschlagen, auch mit dem Untersuchungsausschuss. Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse können die Basis dafür bilden, dass sich Techniker und Naturwissenschaftler fragen, wo Fehler gemacht worden sind.



„MAN HAT GEDACHT: DAS KIND IST IN DEN BRUNNEN GEFALLEN UND WENN WIR NOCH EIN BISSCHEN DRAUFTUN, IST ES AUCH NICHT SCHLIMM.“ DETLEV MÖLLER

HAUFF: Mich hat schon immer gestört, wie wenig Wissenschaftler – auch hier in Deutschland – bereit sind, über ihre Verstrickung in Fehlentwicklungen zu reden. Sie sagen sich einfach: Wir machen unsere Arbeit und dienen nur der Wahrheit. Die meisten sehen sich außerhalb der Kritik und nur Einzelne übernehmen persönliche Verantwortung. Es wäre hochinteressant, die Kultur, die dahintersteckt, mal aufzuarbeiten.

MÖLLER: Das ist genau der Punkt. Was die Vermeidung von Fehlentwicklungen angeht, sehe ich den Korrekturbedarf weniger im administrativ-politischen Bereich. Die Aufmerksamkeit der Leitung ist begrenzt. Man kann nicht alles zum Minister hochgeben. Die Aufgabe des Abteilungsleiters ist es auch, politische Aspekte einzubringen, dafür ist er politischer Beamter. Es sind die Wissenschaftler, die sich fragen lassen müssen, ob ihre Arbeiten im Ergebnis nicht zu opportun waren. Hinzu kommt, dass es im Fall der Asse an einer überregionalen Öffentlichkeit gefehlt hat. Man hat ja der ortsansässigen Bevölkerung klipp

und klar gesagt: Das ist der Ort, wo für die nächsten 100 Jahre radioaktive Abfälle aus Krankenhäusern und Forschungsinstituten gefahrlos untergebracht werden. Und die Menschen in der Region haben sich damit abgefunden. Erst 1972/73 gab es ein überregionales Interesse, das wichtig war, um den administrativ bestimmten Prozess zu korrigieren.

Bestand eine der administrativen Korrekturen darin, die bis 1973 ganz offen als Endlager deklarierte Asse wieder Versuchsendlager zu nennen?

MÖLLER: Ja. Das öffentliche Interesse an Fragen der Atomenergie war größer geworden. Da konnte weniger hinter „verschlossenen Türen“ passieren. Zum anderen gab es ab 1974 die Diskussion um das „Integrierte Entsorgungszentrum“ – die Idee also, dass man eine zentrale Anlage mit Wiederaufarbeitung, Einrichtungen zur Behandlung radioaktiver Abfälle und einem Endlager schafft, die letztlich am Standort Gorleben entstehen sollte. Mit dieser Idee war der Wille da, es nun richtig zu machen, also kein altes Salzbergwerk zu nehmen, sondern ein neues aufzufahren. Die Asse passte nicht mehr ganz ins Konzept und in die Zeit. Man hat das Bergwerk wohl auch wieder Versuchsendlager genannt, um nicht zu viel Aufmerksamkeit auf die deutlichen Unterschiede zu lenken. Die Asse war ja das zentrale Element im Beseitigungssystem.

Erklärt das auch, dass im letzten Jahr der Einlagerung noch mal massiv Fässer eingelagert wurden – nach dem Motto: Wir kübeln noch einmal alles rein?

HAUFF: Man wollte eine umfassende neue Lösung – einen möglichst weitgehenden Kreislauf, der beinhaltet, dass der Müll wiederaufgearbeitet wird und als Energiequelle dient. Der Rest sollte in ein Endlager verbracht werden. Wenn aber irgendjemand geahnt hätte, welche Situation wir heute auf der Asse haben, dann hätte sich ein Großteil derjenigen anders verhalten. Mit Unterstellungen wäre ich vorsichtig.

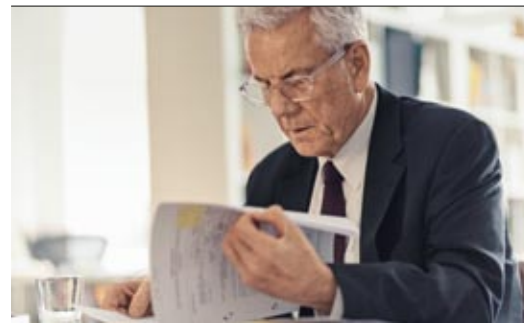
MÖLLER: Das geht mir tendenziell ähnlich. In den letzten Jahren der Einlagerung dachte man anscheinend schon: Das Kind ist in den Brunnen gefallen und wenn wir noch ein bisschen mehr drauf tun, macht es das auch nicht wesentlich schlimmer. Man muss aber anerkennen, dass in den Jahren 1977 bis 1980 angemessen reagiert wurde, indem man das „langfristige Konzept“ für die Asse formulierte. Das bedeutet, die zuständigen Stellen haben sich die Forderung des niedersächsischen Bergamtes nach Verfüllung der Südflanke zu eigen gemacht. Angesichts verstärkter diskutierter Verformungsbewegungen im Bergwerk war das auch notwendig, damit das in der 4. Atomgesetznovelle von 1976 vorgeschriebene Planfeststellungsverfahren funktionieren konnte. Man wollte die Südflanke verfüllen, neue Kammern auffahren und war bereit, dafür die finanziellen Mittel bereitzustellen. Die wesentliche Frage ist, warum das nur schleppend oder nur zum Teil passierte. Man hat Anfang der Achtzigerjahre angefangen, Teile zu verfüllen, aber eben nicht die vollständige Südflanke. Wenn man sich heute die Frage stellt, wo die Zeit geblieben ist, die uns jetzt fehlt, dann findet man da eine Antwort.

Herr Hauff, wann ist Ihnen eigentlich das ganze Ausmaß des Dilemmas in der Asse klargeworden?

HAUFF: Den genauen Zeitpunkt kann ich Ihnen nicht sagen, das muss aber so Ende 2007 gewesen sein. Ich habe es schlichtweg aus der Presse erfahren und dann war die Neugier geweckt. Der nächste Punkt war natürlich die Einladung in den Untersuchungsausschuss.

Wie haben Sie sich darauf vorbereitet?

HAUFF: Ich habe aus den Ministerien, in denen ich gearbeitet habe, immer nur meine persönlichen Akten mitgenommen, mancher hat das anders gehalten. Daher musste ich beim Kanzleramt um Akteneinsicht bitten. Dort habe ich mich durch einige Ordner gewühlt. Später, nach meinen Aussagen im Untersuchungsausschuss in Hannover, hat mich Herr Möller dankenswerterweise auf einige Dokumente aufmerksam gemacht, die mir die Frage beantworten halfen, ob jemand etwas gewusst hat, das man mir nicht zugeleitet hat, obwohl es die Pflicht eines loyalen Beamten gewesen wäre.



„HERR MÖLLER HAT MIR GEHOLFEN, DIE FRAGE ZU BEANTWORTEN, WIE WIR ALLE FALSCHEN VERSPRECHUNGEN ERLIEGEN KONNTEN.“ VOLKER HAUFF

Sie haben vor dem Untersuchungsausschuss gesagt, dass die Asse kein Endlager gewesen sei. Das überrascht, schließlich wurde die Asse ganz offiziell im Umweltprogramm der Regierung 1973 als Endlager bezeichnet.

HAUFF: In meiner Erinnerung an die Zeit im Bundesforschungsministerium wurde mir die Asse immer wieder und mit großem Nachdruck als eine Forschungs- und Versuchsanlage präsentiert. Das ist bei mir hängen geblieben.

Würden Sie heute eine andere Aussage vor dem Untersuchungsausschuss machen?

HAUFF: Ich würde auf jeden Fall dafür sorgen, dass die Dokumente, die mir Herr Möller gezeigt hat, öffentlich diskutiert werden. Weil sie bei der Beantwortung der Frage helfen können, was wir aus dieser Geschichte lernen müssen.

Herr Möller, ist Herr Hauff ein Glücksfall für einen Historiker?

MÖLLER: Absolut. Die meisten Zeugen, die vor den Untersuchungsausschuss treten, machen ihr Statement und das wars. Herr Hauff ist für die Forschung vor allem deswegen so wichtig, weil er uns z.B. auch etwas über die öffentliche Diskussion des 4. Atomprogramms im Februar 1973 erzählen kann. Das war ja das erste Mal, dass außerhalb von Fachkreisen diskutiert wurde. Und Herr Hauff war von Anfang bis Ende dabei, während etwa Forschungsminister Horst Ehmke schon vorher gegangen war. Herr Hauff hat das Gegeneinander der Atom-Befürworter und -Gegner direkt mitbekommen.

Herr Hauff, welche Lehren haben Sie daraus gezogen?

HAUFF: Ich hatte 1976 ein längeres Gespräch mit Willy Brandt und danach haben wir als Bundesregierung den „Bürgerdialog Kernenergie“ gestartet. Wir wollten Diskussionen und Workshops fördern, immer unter der Voraussetzung, dass Menschen ganz unterschiedlicher Meinung anwesend sind. Es ging um Offenheit und nicht darum, dass einer sagt: Ich weiß alles. Es war auch der Versuch, diejenigen, die sich von den

etablierten Parteien entfernt hatten, wieder einzubeziehen in den demokratischen Diskurs.

MÖLLER: Das war ja neu für die Personen, die Bedenken hatten. Lange Zeit wurde ihnen ja unterstellt, sie hätten eine Atompsychose.

HAUFF: Und es ist bis heute wichtig, daran zu erinnern. Gerade wenn es um große Infrastrukturprojekte geht. Ich beschäftige mich damit, an welchen Stellen wir es schaffen, Offenheit herzustellen und durch partizipative Formen der Demokratie zur Stärkung der repräsentativen Demokratie beitragen können. Das ist die Quintessenz meiner energiepolitischen Erfahrungen.

Wie beurteilen Sie den Prozess, mit dem bei der Asse die beste Stilllegungsoption gefunden wurde?

HAUFF: Ich habe Respekt davor, mit welcher Standhaftigkeit alle Fragen bei voller Transparenz geklärt wurden, um die knappste Ressource in unserer Demokratie wiederzuerlangen: das Vertrauen. Wir werden es nie schaffen, dass am Ende alle einer Meinung sind, aber entscheidend ist, dass alle eine faire Chance haben, ihre Meinung in den Entscheidungsprozess mit einzubringen. **Sie waren neulich nach Jahrzehnten wieder einmal in der Asse. Haben Sie diesmal Wasser gesehen?**

HAUFF: In ausreichender Menge. Mir ist schleierhaft, wie die Leute, die damals Verantwortung für die Asse hatten, so vieles verschweigen konnten. Ich habe nach dem Besuch lange mit meiner Frau diskutiert, was man machen muss. Gerade nach der Entscheidung für eine Energiewende ist es wichtig, dass die Erkenntnisse über die Gründe für diese Katastrophe nicht in wissenschaftlichen Werken bleiben, sondern an die Öffentlichkeit gelangen. Das alles zwingt zum Nachdenken. Das Gespräch führte **OLIVER GEHRS**

VOLKER HAUFF (SPD) war seit 1972 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie unter Bundeskanzler Willy Brandt. Im Frühjahr 1978 wurde er in der von Helmut Schmidt geführten Regierung zum Forschungsminister ernannt. Hauff wurde im März 2011 in die „Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung“ der Bundesregierung berufen. Im Februar 2010 sagte er vor dem Untersuchungsausschuss zur Asse aus.

DETVLEV MÖLLER studierte Geschichtswissenschaft und Pädagogik an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg. Es folgten mehrere Fach- und Führungspositionen als Offizier in der Luftwaffe. 2009 veröffentlichte er seine Doktorarbeit über die „Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland – Administrativ-politische Entscheidungsprozesse zwischen Wirtschaftlichkeit und Sicherheit, zwischen nationaler und internationaler Lösung“. Seit 2010 ist Möller Mitarbeiter des Bundesamts für Strahlenschutz.

IMPRESSUM

ASSE Einblicke Informationsschrift zum Endlager Asse II

Herausgeber: Bundesamt für Strahlenschutz (BfS)

V.i.S.d.P.: Katharina Varga, Willy-Brandt-Str. 5,

38226 Salzgitter www.endlager-asse.de

Verlag: DUMMY Verlag GmbH

Gestaltung: scrollan

Fotos: Felix Brüggemann für Asse Einblicke; BfS

Bildmaterial Infografik: Macina Digitalfilm

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Die Asse-Einblicke sind auf einem FSC-zertifizierten Papier unter Verwendung von Altpapier und wiederaufforstbaren Rohstoffen gedruckt und klimaneutral. Die durch die Herstellung verursachten Treibhausgasemissionen wurden durch Investition in das Klimaschutzprojekt „Wasserkraft, Pueblo Nuevo Viñas, Guatemala“ kompensiert.

